

Für den demokratischen und breiten überparteilichen Zusammenschluss:

Gemeinsam aktiv gegen die Polizeigesetze !

Bundesweit formiert sich der Widerstand gegen die neuen Polizeigesetze. Unter dem schwammigen Begriff der „drohenden Gefahr“ kann nach den neuen Polizeigesetzen gegen kämpferische Arbeiter und Streikführer, gegen Umweltschützer und gegen alle fortschrittlichen und revolutionären Kräfte „vorbeugend“ vorgegangen werden. Es sollen die Präventivhaft bis zu 74 Tagen, Fußfesseln, Kontaktverbote und vollständige Überwachung ermöglicht werden, ohne jeden Gerichtsbeschluss. Grundlegende Freiheitsrechte werden aufgelöst und staatlicher Bespitzelung, Polizeiwilkkür und Übergriffen Tür und Tor geöffnet.

Das Internationalistische Bündnis in Bremen hat darum beschlossen, dagegen aktiv zu werden und bewusst entschieden, ein bereits bestehendes Bündnis der „Bremetrojaner“ zu unterstützen. Zwei Vertreterinnen haben entsprechend teilgenommen. Es ist selbstverständlich, in so einer Frage einen breiten und starken Widerstand zu leisten. Umso verwunderlicher und ungeheuerlich ist nun das ganze undemokratische und spalterische Vorgehen gegen unsere Mitarbeit! Alle Organisationen aus dem Internationalistischen Bündnis (MLPD, Courage, Umweltgewerkschaft, ...) sollen nicht aufgenommen werden, was aber nicht dem Konsens aller Beteiligten entspricht. Zu den einzelnen Punkten:

1. Die Angriffe auf die Unterstützung des Bremetrojaner Bündnisses durch das Internationalistische Bündnis gingen v.a. von Friederike Gravenhorst, Bildungsbeauftragte im Landesvorstand der Grünen Jugend Bremen aus, diesen schlossen sich die beiden Vertreter der Parteiorganisationen Jusos und Solid an. Dazu muss man wissen: Die SPD hat die neuen Polizeigesetze sogar beschlossen und im April in Bremen eine Gesetzesvorlage vorgelegt; der grüne Ministerpräsident in Baden-Württemberg hat mit als erstes Kernbestandteile der neuen Polizeigesetze eingeführt, in Bremen wollen sie lediglich eine Abschwächung in einzelnen Punkten der Polizeigesetze – weil sie den Protest dagegen fürchten und vor allem ihre Chancen bei den Bürgerschaftswahlen im Mai 2019 nicht verspielen wollen. Nun nehmen sich Vertreter dieser Parteien das Recht heraus – entgegen dem üblichen Konsens in überparteilichen Bündnissen – konsequente Gegner der Polizeigesetze aus dem Widerstand ausgrenzen zu wollen.
2. Für den Ausgrenzungsversuch wurden von Friederike Gravenhorst antikommunistische Vorwürfe ins Feld geführt: Die MLPD würde „Stalin verherrlichen“, was sich in dem Parteiprogramm der MLPD aber ganz anders liest. Außerdem ist Stalin schon lange tot und hat mit den Polizeigesetzen sicherlich nichts zu tun... Und sie warf der MLPD einen Antisemitismus vor, völlig haltlos und mit nichts begründet. Entsprechend wurde der Vorwurf als Rufmord zurückgewiesen – und darf auch nicht wieder vorkommen. Was ist das Motiv eines solchen Vorgehens? Überparteilichkeit auf antifaschistischer Grundlage muss selbstverständlich sein – antikommunistische Spaltung und Ausgrenzung haben in solch einer Bewegung nichts verloren.
3. Eine weitere Frage, die für eine vorbehaltlose Zusammenarbeit aus dem Weg geräumt werden muss, sind behauptete Probleme mit der MLPD an anderen Orten mit der These: „wenn es an so vielen Orten heißt, mit der MLPD gibt es Probleme, dann muss da ja was dran sein...“ Fakt ist, dass es u.a. in NRW zu ähnlichen Angriffen gekommen ist, die aber sämtlich zurückgewiesen wurden. Wir haben uns persönlich informiert und können euch einen Brief von Ernst Herbert aus NRW geben: Es hat sich herausgestellt, dass alle diese Darstellungen richtig waren bzw. sind (siehe Brief im Anhang).

Viel wichtiger als diese Spaltungsversuche sind für uns all diejenigen Kräfte und Freund*innen, die uns solidarisch beigestanden und die sich gegen alle Versuche der Ausgrenzung positioniert haben. Dafür wollen wir uns herzlich bedanken! Und wir wollen auch ermutigen, sich von der Täuschung zu lösen, sich diesen Angriffen in irgendeiner Weise beugen zu müssen.

Wie geht es jetzt weiter?

Der ganze Vorgang muss aufgeklärt werden, weil er den Widerstand gegen die Polizeigesetze schadet und schwächt. Der konsequente Kampf gegen die Regierung soll so von innen heraus durch Vertreter von SPD und GRÜNE (bzw. Funktionäre ihrer Jugendorganisationen), die selbst die ganze Rechtsentwicklung prägend in der Bundes- wie auch Landesregierungen vorantreiben, untergraben und zersetzt werden. Es zeigt sich, dass wir es hier offenbar mit einem koordinierten Vorgehen deutschlandweit zu tun haben (siehe Anlage: Artikel aus rf-news vom 25.09.2018 oder klick hier: <https://www.rf-news.de/2018/kw39/aktiver-widerstand-gegen-die-rechtsentwicklung-der-regierung-contra-spaltung-und-kapitulation>). Das „Bremetrojaner“ Bündnis muss sich dagegen positionieren, um auf die Grundlage demokratischer und überparteilicher, gleichberechtigter Zusammenarbeit aller Beteiligten zu finden. Nur so kann ein entsprechender starker Widerstand entwickelt werden. Dazu gehört ganz klar: **Antikommunistische Spaltung ist Tabu!**

Das Internationalistische Bündnis ist ein Zusammenschluss fortschrittlicher und revolutionärer Kräfte in Deutschland. Wir sind deswegen auch aktiv gegen die ganze Bandbreite der Rechtsentwicklung der Regierung. Gegen solche Kräfte, wie wir es sind, richten sich u.a. die Polizeigesetze. Die Herrschenden haben in ihren Augen aber das „Problem“, dass sich unter den Arbeitern und Massen der fortschrittliche Stimmungsumschwung weiter festigt und stärkt! Das zeigt sich in einer sich formierenden Massenbewegung u.a. mit den Massendemonstrationen gegen die Polizeigesetze, für die Seebrücke oder der „Wir sind mehr!“-Bewegung.

Es wird immer deutlicher: Wer aktiven Widerstand leisten will gegen die Rechtsentwicklung der Regierung, der muss auch für den demokratischen und breiten überparteilichen Zusammenschluss auf der Grundlage des Kampfes eintreten – auf antifaschistischer Grundlage!

Nein zum Polizeigesetz in Niedersachsen, Bremen und anderswo !

Gemeinsam – Aktiver Widerstand gegen die Rechtsentwicklung der Regierung !

#unteilbar – Solidarität statt Ausgrenzung – am 13. Oktober zur Demo nach Berlin !

Herzliche Grüße,

i.A. des Internationalistischen Bündnisses Bremen, Lena Salomon